

Pressemitteilung

Windenergieausbau nach Plan notwendig

Bund Naturschutz begrüßt Initiative des Regionalen Planungsverbandes Main-Rhön

Der Bund Naturschutz (BN) begrüßt ausdrücklich die derzeit laufende Fortschreibung des Regionalplanes Main-Rhön.

Ziel ist die Ausweisung von Vorrang – und Vorbehaltsflächen für die Windkraftnutzung auf regionaler Ebene.

„Der BN hofft, dass damit der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert, planerischer Wildwuchs verhindert und die Akzeptanz der Windkraftnutzung bei den Gemeinden und in der Bevölkerung erhöht werden kann“ – so Richard Mergner, der Landesbeauftragte des BN.

In seiner detaillierten Stellungnahme hat der BN die verwendeten Auswahlkriterien um wenige Punkte ergänzt, die Einbeziehung von Militärf Flächen als potentielle Standorte gefordert und sich nur gegen einige wenige potentielle Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ausgesprochen

Windkraftanlagen schießen nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Initiativen von örtlichen BN-Gruppen in Bayern mittlerweile fast schon wie Pilze aus dem Boden. Von Teilen der Bevölkerung werden sie begrüßt als sichtbare Zeichen der überfälligen Neuausrichtung der Energieerzeugung, andere lehnen sie als technischen Fremdkörper in der Landschaft ab oder fürchten Belästigungen durch Lärm und Schattenwurf.

Der Bund Naturschutz setzt sich seit vielen Jahren für den Ausbau der erneuerbaren Energien und damit vorrangig auch der Windkraftnutzung ein und hat deshalb nach intensiver Diskussion im Jahr 2009 ein detailliertes Positionspapier zur naturverträglichen Windkraftnutzung verabschiedet.

Neben der Verringerung des Energieverbrauchs bis 2030 um 50% (u. a. durch Wärmedämmung von Gebäuden) ist dort als ehrgeiziges, aber durchaus realistisches Ziel die Deckung unseres Energieverbrauchs bis 2050 zu 100% aus erneuerbaren Energien enthalten.

Dafür sind bayernweit mittelfristig etwa 1.500 Windräder neuer Technologien erforderlich – bei 71 Landkreisen werden dafür gut 21 Standorte in jedem Landkreis benötigt.

„Die Auswahl dieser Standorte darf nicht dem Zufall oder Einzelinteressen von Investoren überlassen werden, sondern muss nach einheitlichen und fachlich nachvollziehbaren Kriterien erfolgen“ fordert Helmut Schultheiß, der Regionalreferent des BN für Unterfranken.

Nur so kann sichergestellt werden, dass Eingriffe in wertvolle Erholungslandschaften oder unkalkulierbaren Risiken für bedrohte Arten unterbleiben.

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

Lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Der BN begrüßt es deshalb ausdrücklich, dass der Regionale Planungsverband die Fortschreibung des Regionalplans in Kapitel B VII „Energieversorgung“ in Angriff genommen, umfassende Kriterien zur Standortwahl zusammengestellt und potenziell geeignete Flächen in einer Karte dargestellt hat.

Demnach könnten in den Landkreisen Hassberge, Kitzingen, Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld insgesamt 63 Vorranggebiete und 61 Vorbehaltsgebiete für die Windkraftnutzung ausgewiesen werden.

Sie reichen sicherlich aus, um durch die Windkraftnutzung einen zentralen Beitrag zur regenerativen Energieerzeugung vor Ort zu leisten. Dabei ist zugunsten der regionalen Wertschöpfung örtlichen Investoren bzw. Genossenschaften der Vorrang vor externen Kapitalgesellschaften zu geben.

Der BN appelliert deshalb an alle beteiligten Gemeinden, dieses Konzept positiv aufzunehmen und nach einer detaillierten Prüfung mitzutragen.

Dass trotz regionaler Vorgaben nach wie vor jeder Standort im Detail naturschutzfachlich geprüft und ggf. korrigiert werden muss, zeigt das Beispiel Windpark Ranungen. Dort liegen zwar alle drei derzeit geplanten Windräder in einem potenziellen Vorranggebiet, der Standort W3 würde aber zu erheblichen Risiken für seltene Vogel- und Fledermausarten führen.

Um diese Gefährdung spürbar reduziert werden, muss dieser Standort keineswegs aufgegeben, sondern nur um 500 m nach Südwesten verschoben werden.

Der BN ist überzeugt, dass der Regionalplan mit der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten einen grundlegenden Beitrag dazu leisten kann, bei der Nutzung regenerativer Energien unvermeidbare Wildwuchs zu verhindern, unberechtigte Ängste in der Bevölkerung abzubauen und den Ausstieg aus der Atomenergie zu beschleunigen.

für Rückfragen:

Helmut Schultheiß, Regionalreferent Tel. 0911/81 87 8-14, Fax 0911/86 95 68,
Mail [helmut.schultheiss\(at\)bund-naturschutz.de](mailto:helmut.schultheiss(at)bund-naturschutz.de)

Dr. Herbert Barthel, Energiereferent, Tel. 0911/81 87 8-17
Mail: herbert.barthel@bund-naturschutz.de